

# RS OGH 1999/10/22 1Ob225/99s, 7Ob226/01p, 5Ob70/04m, 1Ob275/03b, 1Ob89/10k, 2Ob11/10x, 5Ob252/12p, 9

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 22.10.1999

## Norm

ABGB §844

ABGB §880

ABGB §1447 Fa

ABGB §1460

## Rechtssatz

Ein rechtlich unmöglicher Sachgebrauch ist kein ersatzungsfähiger Gegenstand im Sinne des § 1460 ABGB. Ist ein Dienstbarkeitsrecht, das zwingenden Bestimmungen öffentlichen Rechts widerspricht, nicht ersetzbar, so kann auch keine offenkundige Dienstbarkeit durch Grundstücksteilung beziehungsweise Veräußerung einer Liegenschaft, die bisher einer anderen diente, zur Verwirklichung eines solchen verbotenen Zwecks entstehen.

## Entscheidungstexte

- 1 Ob 225/99s

Entscheidungstext OGH 22.10.1999 1 Ob 225/99s

Veröff: SZ 72/162

- 7 Ob 226/01p

Entscheidungstext OGH 07.12.2001 7 Ob 226/01p

nur: Ein rechtlich unmöglicher Sachgebrauch ist kein ersatzungsfähiger Gegenstand im Sinne des § 1460 ABGB. (T1)

Beisatz: Eine Ersatzung könnte erst ab einer allfälligen Änderung oder Aufhebung des hiefür maßgeblichen und bedeutsamen öffentlich-rechtlichen Verbots beginnen. (T2)

- 5 Ob 70/04m

Entscheidungstext OGH 16.04.2004 5 Ob 70/04m

nur T1; Beisatz: Ein solches Ersatzungsverbot erfordert ein unmissverständlich und zwingend angeordnetes Verbot jener Nutzungsausübung, die andernfalls zum Erwerb eines entsprechenden dinglichen Rechts durch Ersatzung führen könnte. (T3)

Veröff: SZ 2004/55

- 1 Ob 275/03b

Entscheidungstext OGH 12.10.2004 1 Ob 275/03b

nur T1; Beis wie T3; Beisatz: § 9 Abs 2 WRG ist keine die Ersitzung am Privatgewässern hindernde Sondervorschrift. (T4)

- 1 Ob 89/10k

Entscheidungstext OGH 06.07.2010 1 Ob 89/10k

nur T1; Beis wie T3

- 2 Ob 11/10x

Entscheidungstext OGH 11.11.2010 2 Ob 11/10x

nur T1; Beis wie T3; Beisatz: Ein rechtlich unmöglicher Sachgebrauch liegt auch vor, wenn die Nutzung gegen gesetzliche Verbote oder gegen in einem Verwaltungsbescheid enthaltene Anordnungen verstößt. (T5)

Veröff: SZ 2010/142

- 5 Ob 252/12p

Entscheidungstext OGH 16.07.2013 5 Ob 252/12p

Auch; Beis ähnlich wie T5

- 9 Ob 52/13g

Entscheidungstext OGH 27.09.2013 9 Ob 52/13g

Auch; Beisatz: Ein die Ersitzung hinderndes Verbot liegt aber nicht schon immer dann vor, wenn gegen eine Bewilligungspflicht verstoßen wurde. Es ist vielmehr eine Wertungsfrage, ob ein konkreter Verstoß gegen eine Bewilligungspflicht einer rechtlich unmöglichen Nutzung gleichzusetzen ist. Das Verbot muss sich außerdem unmittelbar auf das ausgeübte Recht beziehen. (T6)

- 5 Ob 30/14v

Entscheidungstext OGH 04.09.2014 5 Ob 30/14v

Vgl auch; Beisatz: Eine Ersitzung der Dienstbarkeit des Wege- und Fahrtrechts an einem Bahnübergang kommt seit dem Inkrafttreten der deutschen Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung und den danach geltenden Bestimmungen der § 43 Abs 7 (alt) EisebG bzw gegen § 47a EisebG nicht in Betracht. (T7)

- 7 Ob 158/14g

Entscheidungstext OGH 05.11.2014 7 Ob 158/14g

Auch; Beis ähnlich wie T6

- 9 Ob 14/20d

Entscheidungstext OGH 25.06.2020 9 Ob 14/20d

Vgl

#### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:1999:RS0113071

#### **Im RIS seit**

21.11.1999

#### **Zuletzt aktualisiert am**

01.09.2020

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)